

Bundratsinitiative zur Einführung des Verbandsklagerechtes für anerkannte Tierschutzverbände

(Anrede)

Drei Anträge für ein Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzverbände auf Landesebene haben Sie abgelehnt. Heute versuchen wir es ein viertes Mal – gemeinsam mit Linken und Piraten wollen wir, dass Berlin eine Bundratsinitiative für ein Verbandsklagerecht auf Bundesebene ergreift. Seit dreizehn Jahren steht der Tierschutz als Staatsziel im Grundgesetz. Die Situation für die Tiere hat sich seit dem nicht verbessert, im Gegenteil.

Ich will ihnen ein Beispiel geben, warum wir so ein Gesetz brauchen.

Sie alle kennen Filme oder Bilder über das Grauen in der Massentierhaltung. Ich weiß, dass die meisten Leute bei solchen Beiträgen einfach umschalten. Verstehen kann ich das. Es ist das bequemste. Die Bilder von geschundenen Tieren, die Bilder von Tieren, die noch leben, während sie zerteilt werden, sind kaum auszuhalten. Aber wir sind Politiker. Wir tragen die Verantwortung für diese Tierquälerei. Wenn wir diese Bilder nicht ertragen wollen, müssen wir die richtigen Gesetze machen. **Wir können und wir müssen handeln.**

Regelmäßig wird überall – aber vor allem in der industriellen Tierhaltung und auf Schlachthöfen – gegen ohnehin laxer Tierschutzgesetze verstoßen. Ebenso regelmäßig versagt die Behördenaufsicht. Und es gibt bis heute keine Möglichkeit den Tierschutz einzuklagen. Die Tiere selbst sind dazu nicht in der Lage. Die Menschen haben nicht das Recht dazu. Wir sagen: Damit muss Schluss sein. **Es ist höchste Zeit für ein Verbandsklagerecht.**

Herr Herrmann, Sie haben unsere Initiative für ein Verbandsklagerecht mit der Begründung abgelehnt, dass sie die Feststellungsklage für nicht ausreichend erachten und weil sie negative Auswirkungen für den Forschungsstandort Berlin fürchten. Diese Sorgen können wir Ihnen mit unserem Antrag nehmen. Ein Bundesgesetz führt nicht zu einer Wettbewerbsverzerrung und unser Vorschlag enthält mehr als die reine Feststellungsklage.

Die Haltung der SPD war immer folgende.

Ich zitiere Herrn Buchholz: „unsere grundsätzliche Haltung“ ... ist,... „endlich auf der Bundesebene ein einheitliches Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine zu beschließen, denn das wäre die richtige Lösung, die wir in Deutschland brauchen.“ Diese Position wurde von Herrn Kohlmeier im Rechtsausschuss untermauert. Er hat dort sogar weitergehende Rechte als die Feststellungsklage gefordert.

Herr Buchholz, Sie sagten 2009 zu mir in einer Plenardebatte, ich zitiere: „Ich bin doch sehr enttäuscht, dass Sie dieses Thema nutzen, um – wie immer – populistische Forderungen aufzustellen, von denen Sie selbst wissen, dass sie erstens nicht wirklich realisierbar und zweitens nicht zielführend sind.“

Meine Damen und Herren von CDU und SPD: Inzwischen haben sechs Bundesländer das Verbandsklagerecht auf Landesebene. In zwei Bundesländern sind entsprechende Gesetzentwürfe im Anhörungsverfahren. Bei einer Bundratsinitiative hätten wir acht Bundesländer auf unserer Seite. Berlin wäre das Zünglein an der Wage.

Herr Buchholz, unser Antrag ist realisierbar und alles andere als populistisch. Also, stehen Sie zu ihren Worten. Stimmen Sie unserem Antrag – gern auch in geänderter Fassung – zu und ergreifen Sie eine Bundratsinitiative für besseren Tierschutz.